

Der Courier
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Er erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreise:
für Canada \$2.50
für Ausland \$3.50
Im Voraus bezahlt:
Canada \$2.00

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:
in Canada \$2.50
to foreign countries \$3.50
If paid in advance:
Canada \$2.00
1825 Halifax Street, Regina.

25. Jahrgang.

16 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 5. Februar 1950.

16 Seiten

Nummer 14.

Deutschanadische Forderungen der Saskatchewan-Regierung unterbreitet

Geschäftsvorstand des Deutschanadischen Verbandes legt Denkschriften für deutschen Unterricht in den Volksschulen und für bevorzugte Zulassung aller geeigneten deutschstämmigen Einwanderer vor.

Regina. — Am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, fand sich der Geschäftsvorstand des Deutschanadischen Verbandes von Saskatchewan im Beratungszimmer des Premier Dr. Anderson ein, um zwei in englischer Sprache abgefaßte Denkschriften zu unterbreiten. Zur Entgegennahme der Forderungen hatte sich außer Premier Dr. Anderson fast das ganze Provinzparlament eingefunden.

Seitens des Deutschanadischen Verbandes waren erschienen die Herren Hans Schumacher, erster Vorkämpfer; Otto Haefel, zweiter Vorkämpfer; Oskar R. Majunke, Schriftführer; Jakob Vinkler, Schatzmeister; Bernhard Bött, Pressevertreter; Franz Frank und Clemens Ringel, Beiräte. Herr Schumacher verlas und überreichte die Denkschriften, worauf fast eine Stunde lang die in Betracht kommenden Fragen mit den anwesenden Ministern besprochen wurden. Premier Dr. Anderson versprach, die Memoranden in Erwägung zu ziehen.

Der Wortlaut der vorgelegten Denkschriften (in deutscher Uebersetzung) ist folgender:

Resolution betreffs Verbesserung des Unterrichts-Systems von Saskatchewan.

In einer Versammlung des Geschäftsvorstandes des Deutschanadischen Verbandes von Saskatchewan, abgehalten am 11. Januar 1950, wurde auf Veranlassung der verschiedenen Ortsgruppen von ganz Saskatchewan die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der oben erwähnte Geschäftsvorstand ersucht im Namen aller Ortsgruppen von Saskatchewan die Regierung, die Erlaubnis zum Lehren einer zweiten Sprache außer Englisch in den Public-Schulen für eine Stunde im Tag in jenen Distrikten wo mehr als 50% der Bevölkerung von nicht-englischer Herkunft sind, zu gewähren.

Der Verband ist ferner die Meinung, daß im Laufe der Zeit das Schulgesetz von Saskatchewan geändert werden sollte, daß Vorkämpfer von einem gewissen Grad, das das Studium einer zweiten Sprache außer Englisch zum Zweck einer allgemeinen und besseren Bildung zu gestatten.

Die Gründe für die obige Forderung sind in dem folgenden Memorandum zu finden, aus dem sich ergibt, daß eine zweite Sprache im Lehrplan des Public-Schulunterrichts nur vom Nutzen für den einzelnen wie auch für den Staat sein und daher unter gegenwärtigen Unterrichtsbedingungen verbessert werden, wie es die Pflicht der jetzigen Regierung ist.

Memorandum

Nach Ansicht des Deutsch-Canad. Verbandes von Saskatchewan sind alle Kinder, die keine Hochschule besuchen können, in geschäftlichen oder anderen Berufen, die sie später ergreifen, stark behindert, wenn sie nicht fähig sind, eine zweite Sprache zu sprechen, zu lesen und zu schreiben, was jedwem jedem Manne und jeder Frau in einem zivilisierten Lande zum Nutzen gereicht.

Es ist eine wohlbekannte Tatsache, daß in gewissen europäischen Ländern es nicht nur erlaubt ist, sondern sogar gewünscht wird, daß die Eltern ihre Kinder zum Studium einer zweiten Sprache in den Volksschulen

Die Bronsman-Affäre

Ottawa, 3. Febr. — Harry Bronsman, der bekannte Montrealer Millionär und Schiffsfabrikant, der sich an das Oberste Gericht in Ottawa gewandt hatte, um auf Grund des "Nabens Corpus" aus der Haft entlassen zu werden, wurde von Richter Duff abgewiesen.

Bronsman hatte kürzlich in Regina sich wegen drei Anklagen zu verantworten, wegen Verleumdung, wegen Verleitung zum Diebstahl und wegen Verleitung zu falschen Angaben an die Dominionregierung; es handelte sich dabei um den Kollektoren Knowles von Gainsboro, Sask.

Am 4. März hat Bronsman zur gerichtlichen Unterbreitung in Ottawa die Aufstellung verteidigt, daß die Anklage wegen Verleitung unzulässig ist, ferner nach Auffassung des Richters Duff die beiden anderen Anklagen auf legaler Basis.

Saskatchewan und die Einwanderungsfrage

Die erste Sitzung der neuen Kommission in Saskatoon

Canadische Legion möchte bei Einwanderung das Übergewicht der Briten gewahrt sehen.

Bischof David Coeys und Professor H. W. Harms vertraten Interessen deutscher Einwanderer

Saskatoon. — Die Einwanderungskommission von Saskatchewan hat in den letzten Tagen hier mit ihren Sitzungen begonnen. Wie das bei solchen Gelegenheiten üblich ist, wird auch diesmal wieder ein großer Apparat aufgestellt, um die Einwanderungs- und Auswanderungsfrage von allen Seiten beleuchten zu lassen. Das dabei auch die verchiedenen und zum Teil sogar entgegengesetzten Meinungen auszusprechen, ist bei einem so schwierigen und verwickelten Problem eigentlich nicht

verwunderlich. Was kann man zum Beispiel von Frank Eliaon, dem Sekretär der Saskatchewan-Sektion der Vereinigten Farmer von Canada, anderes erwarten als eine ablehnende Haltung gegenüber der Einwanderung im allgemeinen und der nicht-britischen Einwanderung im besonderen? Nach seiner Meinung sollen zwei Drittel der Mitgliedschaft bei den Vereinigten Farmern von britischer oder canadischer Abstammung sein. Nicht sehr erlaubt ist man wohl auch darüber, daß die Canadische Legion, der Verband der Kriegsveteranen, eine fröhliche Begrüßung der "foreign" Einwanderung beifügt, damit doch das englische Übergewicht nicht verloren

gehe. Unter den vielen anderen Zeugen erheben auch Bischof David Coeys, der die Memorialistische Kommissionsbehörde vertritt, die in den letzten Jahren ungefähr 3000 Familien in Manitoba, Saskatchewan und Alberta auf Farmen angehebelt hat. Diese Leute hätten wohl nicht an Auswanderung gedacht, wären nicht die wirtschaftlichen, sittlichen und kulturellen Verhältnisse in Kanada immer unattraktiver geworden. Die Einwanderer kommen gut vorwärts und sind mit dem Lande zufrieden.



Finanzminister G. A. Dunning.

Jür die Lutheraner sprach Herr Professor H. W. Harms. Seit 1923 sind 10,570 deutschsprechende lutherische Einwanderer nach Canada gebracht worden, von denen noch mindestens 70 Prozent im Lande sind. 85 Prozent von ihnen stammen aus aderbautreibenden Gebieten außerhalb des Deutschen Reiches, hauptsächlich aus Polen, Rußland, der Tschechoslowakei und Rumänien. Mit Hilfe der Pastoren gelang es stets Klänge für die Einwanderer auf Farmen zu finden. Es wäre die Söhne der Torheit, wenn man die Einwanderer im Lande ohne jede Unterstützung lassen wollte. Die Organisation übernimmt die volle Verantwortung für die Auswanderer und garantiert der Regierung, daß keiner der Defensivkräfte zur Last fällt. Viele Familien beginnen als Pächter auf dem Lande und kaufen später eigene Farmen. Mit den Farmarbeitern sollten Arbeitsverträge nach Möglichkeit abgeschlossen werden bei \$300 jährlicher Bezahlung und freier Verpflegung. In den meisten Fällen werden die lutherischen Einwanderer bei lutherischen Farmen untergebracht.

Serr Professor Harms betonte noch, daß unter den 229 Einwanderern, die gegenwärtig in Saskatoon unterrichtet werden, nicht ein einziger Deutscher ist.

Die Einwanderungs-Kommission wird in Zukunft sich in zwei Teilen an die Arbeit machen, um diese zu

Läuten der Glocken in Rußland verboten

Neue barbarische Maßnahme der Sowjetregierung

Moskau. — Die Glocken der zahlreichen Moskauer Kirchen, von denen viele seit tausend Jahren ihr Geläute erklingen lassen, werden nicht mehr geläutet werden, da die Regierung einen Erlaß herausgegeben hat, daß alle Kirchenglocken für immer stumm bleiben sollen.

Ein offizieller Bericht erklärte, daß diese Maßnahme auf Verlangen der Arbeiter erfolgte, die betonen, daß die Glocken ihren Schall und ihre Ruhe hätten.

Ähnliche Erlasse sind schon in verschiedenen anderen Städten und Dörfern der Räte-Union in Kraft und es wird vermutet, daß die Verhängung der Glocken die Verhängung der roten Hauptstadt d. Verhängung aller Kirchenglocken wahrscheinlich machte, da die Regierung zur Durchführung ihres Industrialisierungsplanes Kupfer, Bronze und Silber sehr nötig habe.

Scharfes Vorgehen gegen Kommunisten

In Berlin 75 Kädelsführer der rebellischen Roten verhaftet

Die ernste deutsche Wirtschaftslage und die zunehmende Arbeitslosigkeit begünstigen die Unruhen

Berlin, 1. Febr. — Um den ausgedehnten kommunistischen Unruhen nicht nur in Berlin, sondern fast in allen größeren deutschen Städten Einhalt zu gebieten, wurden die Aufsteher und Führer der Kommunisten hinter Schloß und Riegel gesetzt. Besonders in Berlin ging die Polizei scharf vor. Während der letzten 48 Stunden waren verschiedentlich Ausschreitungen vorgekommen. Arbeitslose hatten sich den Kommunisten angeschlossen und Lärm ausgeplündert. In Berlin und den Vororten Berlins wurden insgesamt 75 Kommunisten verhaftet, die als Kädelsführer angesehen werden.

Die Kommunisten wurden umgingelt, als sie sich in einem Restaurant befanden und angeblich Pläne für neue Streikaktionen ausarbeiteten. Die Berliner Polizei war von dieser Versammlung kommunistischer Führer unterrichtet worden. Eine Abteilung Polizeibeamter in Zivil begab sich nach der Stelle, wo das Restaurant gelegen ist und hielt sich in der Nähe auf. Sobald die Versammlung eröffnet war, drangen die Polizeibeamten ein. Die Kommunisten, ausschließlich Führer, wurden festgenommen. Viele von ihnen trugen Waffen bei sich.

Die kürzlichen Unruhen der Arbeitslosen, von den Kommunisten angezettelt in Hamburg, Berlin und anderen großen Industrie-Städten Deutschlands legen einen Beweis davon ab, daß die deutschen Volksmassen sich am Rande der Verzweiflung befinden. Die Unruhen werden vorwiegend zwei Faktoren zugeschrieben: Auf der einen Seite ist es der Hunger der Arbeitslosen, der sie dazu treibt, auf der anderen Seite ist es die unbillige Höhe und Pro-

paganda der Kommunisten, die den Mob zu Gewalttaten auffordern. Es ist bemerkt worden, daß die Kommunisten während der letzten zwei Monate ihre Scharbeit nicht nur vermindert, sondern daß sie dieselbe fast verdoppelt haben.

Die Wirtschaftslage ist mehr alarmierend, weil erwartet worden ist, daß auf Grund eines offenen Winters die Arbeitslosigkeit abnehmen würde. Statt dessen hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer noch mehr zugenommen und das Heer der Arbeitslosen hat eine neue Rekordzahl erreicht. Als Gründe, warum die Arbeitslosigkeit zugenommen hat, werden zwei Gründe angegeben. Erstens einmal ist es der Mangel an Geld für die Industrie und zweitens der Fortschritt der Technik, durch welchen Maschinen an die Stelle des Arbeiters treten. Man ist im Allgemeinen der Ansicht, daß mit der Nationalisierung des Hoanger Protokoll ausländisches Geld ins Land kommen und dadurch der Arbeitslosigkeit abgeholfen wird.

Die Polizeiarbeiten sind in Waffenschau untergebracht und mit Kolbenrevolvern versehen worden, um im Falle eines neuen Aufstandes der Arbeitslosen die von den Kommunisten ausgeht werden, bereit zu sein. Man fürchtet, daß noch im Laufe dieser Tage neue Unruhen ausbrechen werden.

Zu Hamburg

Hamburg. — Bei einem Zusammenstoß mit einer größeren Menge von Kommunisten, die hier eine Waffenschau abgesehen, wurden ein Polizist verletzt. Auch mehrere Demonstranten wurden verwundet, doch konnte ihre Zahl nicht festgestellt werden, da sie von ihren Genossen fortgetragen wurden. Die Kommunisten hatten sich bei dem Angriff auf die Polizei mit Steinen und Eisenstücken bewaffnet.

Spaniens Diktator zurückgetreten

General Berenguer, der persönliche Gegner von Primo de Rivera, ist sein Nachfolger

Parlamentarische Verfassung soll wieder eingeführt werden

Madrid. — General Primo de Rivera, seit 1923 der Diktator Spaniens, ist zurückgetreten, und sein alter Widersacher, General Daniel Berenguer, ist von König Alfonso beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden.

Der Sturz des Offiziers und Politikers, der seit mehr als sechs Jahren Spanien mit eiserner Hand regiert hat, schien unmittelbar bevorzustehen, aber erst nach einer Kabinetsitzung fuhr der Premier nach dem Schloß und überreichte die Resignation seiner Regierung.

General Berenguer sagte nach seiner Ernennung durch den König in einem Presse-Interview, daß er alle Kabinetsposten mit Ausnahme des Kriegs- und Marineministers mit Joséfien belegen werde. Er fügte gleichzeitig an, daß er die Verfassung von 1876 wiederherstellen werde, unter der das Land bis zur Diktatur regiert wurde. Der neue Premier wird Neuwahlen der Deputierten und Senatoren ansetzen und die Cortes oder das Parlament wieder errichten.

Da der Premier unter einer besonderen königlichen Verfügung fungieren muß, bis er ein Programm einem regulär erwählten Parlament vorlegen kann, läßt sich nicht sagen, daß die Diktatur in Wirklichkeit aufgehoben worden ist. Immerhin bedeutet das von Berenguer angekündigte Programm eine schnellere Rückkehr zu einem verfassungsmäßigen Regime, wie sie unter dem Vize-Primo de Rivera vorgelesen war.

Generallieutenant Don Miguel Primo de Rivera, die sein voller Titel lautet, erklärte sich in den Feldjahren der Diktatur als den größten Anforderungen an Arme und Finanzen Spaniens

Spaniens Diktator zurückgetreten

General Berenguer, der persönliche Gegner von Primo de Rivera, ist sein Nachfolger

Parlamentarische Verfassung soll wieder eingeführt werden

Madrid. — General Primo de Rivera, seit 1923 der Diktator Spaniens, ist zurückgetreten, und sein alter Widersacher, General Daniel Berenguer, ist von König Alfonso beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden.

Der Sturz des Offiziers und Politikers, der seit mehr als sechs Jahren Spanien mit eiserner Hand regiert hat, schien unmittelbar bevorzustehen, aber erst nach einer Kabinetsitzung fuhr der Premier nach dem Schloß und überreichte die Resignation seiner Regierung.

General Berenguer sagte nach seiner Ernennung durch den König in einem Presse-Interview, daß er alle Kabinetsposten mit Ausnahme des Kriegs- und Marineministers mit Joséfien belegen werde. Er fügte gleichzeitig an, daß er die Verfassung von 1876 wiederherstellen werde, unter der das Land bis zur Diktatur regiert wurde. Der neue Premier wird Neuwahlen der Deputierten und Senatoren ansetzen und die Cortes oder das Parlament wieder errichten.

Da der Premier unter einer besonderen königlichen Verfügung fungieren muß, bis er ein Programm einem regulär erwählten Parlament vorlegen kann, läßt sich nicht sagen, daß die Diktatur in Wirklichkeit aufgehoben worden ist. Immerhin bedeutet das von Berenguer angekündigte Programm eine schnellere Rückkehr zu einem verfassungsmäßigen Regime, wie sie unter dem Vize-Primo de Rivera vorgelesen war.

Generallieutenant Don Miguel Primo de Rivera, die sein voller Titel lautet, erklärte sich in den Feldjahren der Diktatur als den größten Anforderungen an Arme und Finanzen Spaniens

"Graf Zeppelin" und Völkerbund

Genf. — Dr. Hugo Egner befehde das Sekretariat des Völkerbundes und hatte eine lange Unterhaltung mit Generalsekretär Sir Eric Drummond.

Das Gespräch behandelte eine zukünftige Organisation der Luftverbindungen, um die Völker einander näher zu bringen und ein besseres internationales Verständnis zu erzielen.

Dr. Egner erklärte, daß er einen Plan in Erwägung hat, das Luftschiff "Graf Zeppelin" während der nächsten Versammlung des Völkerbundes nach Genf zu bringen. Die Landung dürfte auf dem hiesigen Flugfeld erfolgen.

Zwei ehemalige Luftgegner

New York. — Major George A. Baughman jr., ehemaliger Weltkriegs Kampfflieger, und Hauptmann Franz Karl Schmitt, der zur Wiedervereinigung beigetragen hat, trafen sich kürzlich auf dem Flugplatz in Newark, N. J., wo Hauptmann Schmitt eine eigene Erfindung demonstrierte, die den Menschen bei Luftmanövern helfen soll. Zum Beispiel fährt er mit 35 Meilen Geschwindigkeit in eine Strömung, ohne Segel und Leitwerke zu gebrauchen.

Während des Krieges standen sich die beiden Flieger einmal gegenüber Hauptmann Schmitt brach 22 Flugzeuge herunter, ehe er von den Engländern abgefangen und gefangen genommen wurde. Major Baughman hatte 13 Luftzeuge zu versenden.